

Wahlprüfsteine Landtagswahl Schleswig-Holstein 2017

Wir, die Milchviehhalter in Schleswig-Holstein, haben an die Politik wichtige Zukunftsfragen. Wir sehen mit der Landtagswahl Möglichkeiten zur Weichenstellung für die Zukunft unseres Landes. Die Bundesländer haben über den Bundesrat große Verantwortung, sich aktiv in die Gestaltung der deutschen und europäischen Agrarpolitik einzubringen. Es geht um eine wirtschaftlich nachhaltige Landwirtschaft, die Schaffung von Wertschöpfung und den Erhalt von vielen Arbeitsplätzen in den ländlichen Räumen. Wir erwarten ehrliche Antworten aller Parteien, weil die Zukunft der Milch uns alle angeht!

I. Milchmarkt – Gemeinsame Marktordnung

Fast zwei Jahre dauert die aktuelle Milchkrise nun bereits. Betriebsaufgaben und vor allem Maßnahmen zur Mengendisziplin führten in den letzten Monaten zu einer deutlichen Marktentlastung und damit zum Anstieg der Auszahlungspreise. Ist jetzt alles wieder gut – geht es weiter über zur Tagesordnung?

Leider werden unsere Befürchtungen bestätigt: Das bestehende Sicherheitsnetz für den EU-Milchmarkt ist unvollständig und nicht in der Lage, mit den bisherigen Instrumenten private Lagerhaltung und Intervention, krisenhafte Entwicklungen begegnen zu können. Die leichte Preiserholung seit Dezember 2016 auf knapp 30 Cent/kg Milch steht auf sehr wackeligen Füßen. Denn das Räumen der hohen Milchpulverlager an Interventionsbeständen (es sind noch über 400.000t Milchpulver eingelagert) würde in der aktuellen Situation die Markterholung sehr

schnell abwürgen.

Zwar haben die Agrarminister der Länder endlich erkannt, welche Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Milchkrisen helfen könnten. Jedoch ignoriert Bundesminister Schmidt weiterhin beharrlich noch immer klar formulierte Handlungsaufträge. Darüber hinaus wird seine gescheiterte Initiative zur Gründung einer Branchenorganisation als agrarpolitische Bankrotterklärung gesehen.

Fragen:

1. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, um den EU-Milchmarkt wieder in ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage zu bringen und zukünftige Milchmarktkrisen frühzeitig zu begegnen?
2. Der BDM e. V. hat mit dem Milchmarkt-Krisenmanagement-Konzept einen Vorschlag zur Verhinderung dieser sich regelmäßig wiederholenden, massiven Milchmarktkrisen vorlegt. Dieser wird auf europäischer Ebene vom European Milk Board mitgetragen und eingefordert. Darin werden bestehende Instrumente des EU-Sicherheitsnetzes mit Instrumenten, die in der Lage wären, zeitlich befristet auf die EU-Milchmengenentwicklung Einfluss zu nehmen, kombiniert. Wie steht Ihre Partei im Fall schwerer Marktkrisen zu Überlegungen, die Angebotsmenge mit zeitlich befristeten Marktmaßnahmen an die reale Nachfrage anzupassen? Unterstützen Sie die BDM-Forderungen?
3. Die aktuellen Milchpreise um 30 Cent/kg Milch sind für viele Milchbauern noch immer ruinös. Was schlägt Ihre Partei vor, um kostendeckende Preise von mindestens 40 Cent/kg Milch zu erreichen und die Milchviehhaltung in unserem Bundesland zu halten?
4. Das Bundeskartellamt hat ein neues Sachstandspapier zu seinem Verwaltungsverfahren hinsichtlich der Lieferbedingungen für

Rohmilch veröffentlicht und darin kurze Kündigungsfristen für Lieferverhältnisse im Milchsektor, eine Lockerung der Kopplung von Lieferbeziehungen und Genossenschaftsmitgliedschaften, eine Festlegung der Preise vor Lieferung und die Vereinbarung fester Liefermengen angeregt. Nun ist die Politik gefordert, endlich die richtigen Schlüsse für mehr Wettbewerb auf dem Milchmarkt zu sorgen. Gibt es in Ihrer Partei Überlegungen, wie diesem untragbaren Zustand abgeholfen werden kann?

II. Gemeinsame EU-Agrarpolitik - Halbzeitbewertung 2017

Mit den Beschlüssen zur GAP 2013 wurden verschiedene Möglichkeiten geschaffen, die Verteilung und Zahlung der Agrargelder auf nationaler Ebene umzustellen. Begonnen hat auch schon die Debatte um die Gestaltung der GAP ab 2020.

Fragen:

1. Wie steht Ihre Partei zu der auf nationaler Ebene eingeräumten Möglichkeit, bis zu 30 Prozent des Direktzahlungsvolumens für eine erhöhte Förderung der ersten Hektare zu verwenden und damit die kleineren und mittleren Betriebe deutlich besser zu stellen als bisher?
2. Wie steht Ihre Partei zu der auf nationaler Ebene eingeräumten Möglichkeit, bis zu 15 Prozent des Direktzahlungsvolumens von der ersten in die zweite Säule und damit deutlich mehr als bisher umzuschichten?
3. Wie steht Ihre Partei zu Überlegungen die Zahlung der Direktzahlungen ab 2020 noch stärker an gesellschaftlich für notwendig erachtete Leistungen der Landwirtschaft zu binden?
4. Wie steht Ihre Partei zu Überlegungen, dabei auch den Faktor Arbeitskraft stärker mit zu berücksichtigen?

III. Agrarpolitische Ansätze auf Bundes- und Länderebene

Die EU räumt den Mitgliedsländern einen immer größer werdenden Spielraum bei der nationalen Umsetzung der EU-Beschlüsse ein. Des Weiteren wird durch die Gestaltung von Verordnungen „Agrarpolitik“ gemacht, die nicht unerheblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Situation unserer Betriebe haben können.

Fragen:

1. Welche Position nimmt Ihre Partei zur Novellierung der Düngeverordnung ein?
2. Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, beim Kennzeichnungsrecht, insbesondere bei der Herkunftsbezeichnung, dahingehend zu wirken, die Herkunft und Zusammensetzung der Nahrungsmittel durchgängig nachvollziehbar zu machen?
3. Die Anzahl der Milchvieh haltenden Betriebe in SH verringert sich laufend und der Strukturwandel verläuft aufgrund der wirtschaftlichen Situation auf den Betrieben stark beschleunigt. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um das Tempo des Strukturwandels zu bremsen?